

34
77

Union in Deutschland

Bonn, den 13. Oktober 1977

Diese Regierung ist nicht mehr handlungsfähig

Ihre Rede war ein einziges Dokument der Schwäche, erklärte Helmut Kohl in dem großen Rededuell mit dem Bundeskanzler während der 1. Lesung des Haushaltes 1978 im Deutschen Bundestag. Es war die Rede eines Mannes, der eine Minderheitenregierung anführt und der hier seine Unterwerfung gegenüber den Linken in der eigenen Partei dokumentieren und demonstrieren muß. Und es war in Wort und Stil der reine Helmut Schmidt, wie wir ihn kennen: dort ein bißchen verleumdet, dort ein bißchen Halbwahrheit und dazwischen eine Partie staatsmännischer Ausführung.

Es ist Ihre Sache, Herr Bundeskanzler, sich hierher zu stellen und zu erklären: Das Herz der kleinen Leute schlägt links. Vor einem Jahr bei der Wahl haben Sie gesehen, wie Ihnen die kleinen Leute davongelaufen sind. Wenn diese kleinen Leute vor einem Jahr gewußt hätten, was die Regierung Helmut Schmidt ihnen in den nächsten zwölf Monaten bescheren würde, wären Sie längst davongejagt worden. Das ist doch das, was hier zu sagen ist.

Wer hat denn die kleinen Leute im Zusammenhang mit der Rente betrogen? Das waren doch Sie, Herr Bundeskanzler, und sonst niemand.

Wer hat denn die kleinen Sparer in der Bundesrepublik betrogen? Das waren doch Sie, Herr Bundeskanzler.

Wer hat denn der jungen Generation die Verheißung einer neuen Vision gegeben? Das waren doch Willy Brandt und Sie, Herr Bundeskanzler. Und Sie haben sie betrogen.

Herr Bundeskanzler, was Sie von Sozialer Marktwirtschaft halten, das ist Ihre Sache. Für uns ist nach den 28 Jahren, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschlands ausmachen, die Soziale Marktwirtschaft das entscheidende tragende Prinzip der lebenden Verfassung von Staat

Weiter auf Seite 2

(Fortsetzung von Seite 1)

und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben das nie anders verstanden, denn als ein dynamisches Prinzip. Sie selbst haben hier in Ihrer Totenrede auf Ludwig Erhard sein Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft in diesem Sinne entsprechend gewürdigt. Ich kann mich dem eigentlich nur anschließen.

Aber ich sehe es mit großem Interesse, wie Sie auch in dieser prinzipiellen Frage so deutlich einen Weg abbauen, den Sie bisher für selbstverständlich gehalten haben. Es ist die Zeit des Hamburger Parteitages, und es gilt, vor dem Geflühr-Hut rechtzeitig seine Reverenz zu erweisen. Das ist das, was hier ansteht.

Dann haben Sie eine gewaltige Schelte auf die Redner der Union, auf Rainer Barzel und Franz Josef Strauß losgelassen. Bloß, Sie haben beide in keinem einzigen Punkt widerlegt.

Sie haben Ihre alten Platiniden neu aufgezogen, beispielsweise die, daß jeder, der die Politik dieser Regierung kritisiert, seine Majestät den Kanzler kritisiert, den Attentismus unterstützt. Wenn der Attentismus von jemandem unterstützt wird, dann doch von Ihnen und den Mitgliedern Ihrer Regierung. Lesen Sie doch einmal nach, was Herr Matthöfer alles zur Energiepolitik gesagt hat. Das ist schon gar kein Zickzackkurs mehr. Und Herr Apel hat ja gestern als ganz neues tragendes, weit-schauendes Wirtschaftsprinzip die jährliche Steuerfestsetzung proklamiert.

Sie reden von Attentismus, Herr Bundeskanzler, und sind stellvertretender Vorsitzender — auch wenn Sie es so verbergen — einer Partei, die jahrelang

Leistung und Gewinn bewußt diffamiert, die es zugelassen hat, daß der wägende Unternehmer ins Abseits gedrängt wurde, die Neid zu einem Mittel sozialistischer Politik hochstilisiert hat. Da wundern Sie sich, wenn ein Vertrauensverlust eintritt. Wer will denn einer Regierung vertrauen, die etwa in Sachen Steuern über zwölf Monate hinweg solche Ankündigungen macht? Es reicht ja kaum die Zeit einer normalen Bundestagsrede, um allein diesen Zickzackkurs einmal nachzuzeichnen.

Das ist die Bilanz Ihrer Regierung, Herr Bundeskanzler, ein Jahr nach der Wahl: Arbeitslosigkeit und weit und breit keine Besserung in Sicht; Verlust an Zukunftschancen und depressive Stimmung in der jungen Generation; stagnierende bzw. niedrigere Zahlen in unserer wirtschaftlichen Entwicklung; Schwinden der Investitionsbereitschaft, mit einem Wort: Das Vertrauen ist dahin.

Verlust an Autorität des Staates, Verdrossenheit geht um. Das ist keine Sache, von der Sie sich mit der Bemerkung davonschleichen können, das gehe alle Parteien an. Der Satz ist richtig: Das geht alle Demokraten und damit alle demokratischen Parteien und damit auch selbstverständlich die CDU/CSU an. Aber woher kommt denn diese Vertrauenskrise? Wer hat denn das Volk Monate hindurch so belogen, wie Sie und die Regierung das getan haben?

Wir werden uns über diese Dinge hart auseinandersetzen; denn es ist unerträglich, daß beispielsweise in der Frage der Bekämpfung des Terrorismus bei den Staatsakten und bei den Trauerfeiern die Gemeinsamkeit der Demokraten beschworen wird und sich dann, wenn es zum einfachsten Handeln wie am ver-

gangenen Donnerstag kommt, soundso viele vor dieser Verantwortung drücken.

Wie wollen Sie, Herr Bundeskanzler, in Fragen der inneren Sicherheit politisch handlungsfähig werden, wenn Sie Ihre eigene Gefolgschaft mit widersprüchlichen Äußerungen verwirren? Im Fernsehen, bei Staatsakten und im Bundestag sprechen Sie von entschlossener Abwehr der terroristischen Gewalttäter. In Eßlingen aber haben Sie auf einer Parteiveranstaltung wenige Tage vor dem Anschlag auf Hanns-Martin Schleyer gesagt:

Man solle nicht immer nach dem Polizeiknüppel Ausschau halten; Terroristen seien meist irregeleitete junge Menschen aus bürgerlichen oder großbürgerlichen Familien, denen so manches zum Halse hinausstinkt.

Herr Bundeskanzler, die Rollen des verantwortlichen Staatsmannes und des mit billigen Effekten manipulierenden Politagitators lassen sich glaubhaft nicht von einer Person darstellen. Wer vom „Polizeiknüppel“ redet, wer Terroristen als „irregeleitet“ verharmlost, dem glaubt man nicht, daß er entschlossen gegen sie vorgehen will.

Erst recht nicht, wenn Sie, Herr Bundeskanzler, 14 Tage nach dem Anschlag auf Hanns-Martin Schleyer vor „Ordnungshysterie“ und „Panikmache“ warnen und das Wort „Zwangsstaat“ gebrauchen. Dies, Herr Bundeskanzler, war noch verantwortungsloser als die vom Vorstand ihrer Partei in einem Leitartikel zum Terrorismus breitgetretene Warnung vor „rechten Ideologen“ und „rechten Scharfmachern“. Wo sind denn diese Leute, vor denen Sie warnen? Wer sind sie, was schlagen sie vor, was könnten sie Gefährliches in der gegebenen Situation anstellen?

Zu der ganzen bisherigen Diskussion um die Bekämpfung des Terrorismus ist von politisch Verantwortlichen, d. h. von Abgeordneten der in diesem Parlament vertretenen Parteien noch nicht ein einziger Vorschlag vorgebracht worden, der an den Kriterien der Rechtsstaatlichkeit gemessen unqualifiziert gewesen wäre.

Vor der Geschichte werden wir eines Tages daran gemessen, ob wir den inneren und äußeren Frieden, der diesem Land und seinen Bürgern Freiheit, Sicherheit und Wohlstand gebracht hat, entschlossen und wirksam gegen ihre Feinde verteidigt haben.

Franz Josef Strauß:

Apels Rede — das Klagelied einer finanzpolitischen Hiobsfigur

Franz Josef Strauß hatte die Debatte eröffnet und stellte zur Haushaltsrede von Bundesfinanzminister Apel folgendes fest:

Die Rede des Herrn Bundesfinanzministers hatte ihre besondere Note. Sie war

im Gegensatz zu früheren Anlässen gleicher Art, durch eine gewisse Kürze gekennzeichnet. Aber wenn man den Begriff Inhaltslosigkeit noch steigern könnte, wäre hier sicherlich ein Rekord aufgestellt worden; denn diese Rede

war gekennzeichnet durch Enttäuschung über die Erfahrungen und Ergebnisse seiner Amtsführung.

Sie war gekennzeichnet durch Unsicherheit hinsichtlich der Richtigkeit der eigenen Aussage.

Sie war gekennzeichnet durch Ratlosigkeit hinsichtlich dessen, wohin die Reise führen würde und was zu unternehmen sei.

Der Bundesminister der Finanzen hat die wirklichen Gründe der Krise und damit die psychologischen und materiellen Voraussetzungen für ihre Überwindung überhaupt nicht deutlich gemacht.

Das ist ein Anzeichen dafür, daß er, wenn er sie erkannt hat, vor ihren Folgen bereits kapituliert hat. Soweit bei der Bundesregierung Erkenntnisse über Ursachen und Zusammenhänge sporadisch, oder sagen wir verstreut bestehen, fehlt es an Mut, fehlt es an der moralischen Entschlossenheit und fehlt es an der politischen Kraft, diese Erkenntnisse in die Wirklichkeit umzusetzen.

Wer diese Rede des Bundesfinanzministers in Kenntnis der Vorgeschichte, in Bewertung der handelnden oder redenden Figuren, in nüchterner Einschätzung der Kräfteverhältnisse auf einen wirklichkeitsbezogenen Nenner bringen will, kann nicht anders als zu folgender Feststellung gelangen:

1. Diese Rede ist eine Abrechnung mit Personen und Methoden des Kanzlers durch einen Finanzminister, der die Niederlage im Umsatzsteuerstreit nicht verwinden kann.
2. Sie ist das Eingeständnis der Unfähigkeit, mit den Problemen des modernen, sicherlich komplizierten föderalistischen Staates fertigzuwerden. Diese

Probleme sind nicht neu. Sie sind von früheren Regierungen bewältigt worden. Wer den Ländern und Gemeinden durch eine messianisch verbrämte Inflationspolitik immer neue finanzielle Bürden in Gestalt bombastischer Reformprogramme aufgeladen hat, hat kein Recht, sich über die Folgen zu beklagen, mit denen er jetzt nicht fertig wird.

3. Die Rede ist die Kapitulationserklärung vor den Folgen der selbstverschuldeten Fehlentwicklung, nämlich der Zielkonflikt zwischen Stabilität und Vollbeschäftigung — ist von der Natur der Sache her nicht unvermeidlich, wie wir am praktischen Beispiel bewiesen haben, aber er ist mutwillig heraufbeschworen und seit 1970 systematisch ausgebaut worden.

Die SPD hat einmal erklärt, sie beanspruche die geistige Führung in ihrem Lande. Was ihr Finanzminister hier geboten hat, war eher das Klagelied einer finanzpolitischen Hiobsfigur.

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Strauß:

Es gibt einen Katalog, man könnte beinahe sagen, einen ganzen Band falscher Prophezeiungen, des Bundeskanzlers: „Im Frühjahr 1975 werden wir über den Berg sein“, 13. Dezember 1974. „Heute in zwölf Monaten wird es anders und besser aussehen“, 31. Dezember 1974. „Aus einer Weltrezession haben wir einen Weltaufschwung zustande gebracht“, 19. August 1976. „Zwei Drittel der Rezession sind überwunden“, 29. September 1976. „Die Bundesrepublik war bei der Abwehr der Wirtschaftskrise erfolgreich“, Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976. Bis vor wenigen Monaten sagte uns die Regierung ein Wachstum in diesem

Jahr von fünf Prozent und einen, wenn auch bescheidenen Abbau der Arbeitslosigkeit vorher.

Jeder, der diese seit drei Jahren mit der Monotonie einer tibetanischen Gebetsmühle wiederholten Verspre-

chungen des baldigen Daueraufschwungs und eines baldigen Abbaus der kostspieligen Arbeitslosigkeit zu bezweifeln wagte, wurde in jeder nur möglichen Form verketzert und der Schwarzmalerei bezichtigt.

Rainer Barzel:

SPD verhindert möglichen Aufschwung und die FDP verantwortet das mit

Rainer Barzel beschäftigte sich in seiner Rede besonders mit dem zurückgetretenen Bundeswirtschaftsminister Friederichs. Er sagte u. a.:

Sie haben sich mit einer ganz guten und vor allen Dingen geschickten Rede erneut in den Dienst einer schlechten Politik gestellt.

Aber immerhin: Aus der Regierung, für die Sie hier noch so nette Worte fanden, scheiden Sie aus. Wir halten uns allein an die Tatsachen, und zu den Tatsachen gehört es, daß sich die ökonomische und soziale Lage der Bundesrepublik Deutschland seit dem Amtsantritt und bis zu Ihrem Ausscheiden nicht verbesserte, sondern verschlechtert hat.

Wir lesen heute, wenn man es politisch betrachtet, den Haushalt einer Minderheitenregierung. Die Koalition kann weder in den dringenden und wichtigen Fragen der Terroristenbekämpfung noch in denen der Energiepolitik noch in denen der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen eine Mehrheit aus eigener Kraft aufbringen. Das ist die Wirklichkeit. Wegen dieser Tatsachen steigt mit der Investitionslücke die Arbeitsplatzlücke, von

der der Sachverständigenrat spricht. Die Wahrheit ist: Die Lage in Bonn steht dem wirtschaftlichen Aufschwung und der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland entgegen.

Was bei der Vermögenssteuer gerade noch erträglich war, das ist nun in Sachen Terror, Energie, Wirtschaftspolitik schlechthin gemeinwohlwidrig.

Statt einer Regierung, die führt, statt einer Mehrheit, die gestaltet und trägt, haben wir eine Koalition, die parteiisch auseinanderfällt, die sich belauert, die Nebel erzeugt, wo Perspektiven, Entschlossenheit und Wegweisung gefordert sind.

Dann fragt noch einer, warum die Arbeitsplatzlücke nicht durch steigende Investitionen geschlossen wird, warum Vertrauen fehlt, wo das Zutrauen in die Prinzipien und die Staatskunst der Regierenden Tag für Tag dahinschwindet.

Diese Koalition lastet, weil sie Lethargie produziert, auf dem Lande. Das ist der erste Grund, der Hauptgrund des Hemmnisses für wirtschaftlichen Aufschwung. Der Kanzler, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister — alle klagen über den Investitionsausfall von 25

Milliarden, sie klagen; als wenn sie nicht regierten, sie klagen, als wenn sie damit nichts zu tun hätten und keine Verantwortung dafür hätten, sie klagen, als ob nicht die Regierungsparteien selber durch Fragezeichen statt Antworten, durch Treibenlassen statt Entscheiden und Argumentieren, das alles bewirkt hätten.

Sie sind dabei, die Krise Ihrer Partei und Fraktion auf den Staat zu übertragen; die Leidtragenden sind die Bürger draußen.

Inzwischen haben Kollegen aus der SPD-Fraktion und der Partei dies völlig bestätigt. Der SPD-Bezirk Niederrhein hielt am 17. September einen Parteitag in Oberhausen. Ihm lag ein parteieigenes Dokument vor, in dem es hieß, in der SPD herrsche gegenwärtig „Orientierungslosigkeit“, die Krise der Partei sei keine Erfindung des politischen Gegners.

Am Tag zuvor erklärte der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Bundeskanzler Helmut Schmidt, auf dem Par-

teitag in Hamburg: Vieles, was gegenwärtig in der SPD an sogenannter Theoriediskussion hin und her bewegt wird, das kommt in der Tendenz dem anarchistischen Liberalismus nahe.

Schmidt sprach dann von Hemmnissen die dem Aufschwung entgegenstünden. Zu den Hemmnissen sagte er wörtlich, zur Zeit habe sich ein Investitionsstau von 25 Milliarden DM aufgebaut, davon allein 8,5 Milliarden DM beim Kernkraftwerksbau und 10 Milliarden DM beim Straßenbau mit Zehntausenden von Arbeitsplätzen.

Damit auch jeder merkte, daß dies nicht Ausrutscher waren, erklärte der Kanzler seine Sorgen dem Zweiten Deutschen Fernsehen und der Presse. Ich zitiere: Das Sozialprodukt könnte 1 bis 2 Prozent stärker steigen ohne diese Hemmnungen. Die Arbeitslosigkeit würde um 100 000 bis 200 000 abnehmen, wenn es diese Hemmnisse nicht gäbe.

Da hat Helmut Schmidt doch recht. Die SPD mit ihrer Politik verhindert den möglichen Aufschwung, und die FDP-Fraktion verantwortet das mit.

Wehrsolderrhöhung abgelehnt

Scharfe Kritik am Beschluß des Bundeskabinetts, der längst fälligen Wehrsolderrhöhung für die Wehrpflichtigen der Bundeswehr nicht zuzustimmen, hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, geübt. Er erklärte, sachlich sei dieser Beschluß durch nichts zu rechtfertigen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion plädiere weiterhin mit Nachdruck für eine Erhöhung des Wehrsolds.

„Kein Geld für Bürgerinitiative“

Der Vertrag über 1,5 Millionen Mark, mit dem sich eine Bürgerinitiative in Bergkamen im Ruhrgebiet den Verzicht auf ihre Einsprüche gegen den Bau eines Kohlekraftwerks vom Stromunternehmen Steag in Essen honorieren lassen wollte, ist nach einem Urteil des Landgerichts Dortmund sittenwidrig und damit nichtig. Mit diesem Spruch wurde eine Klage von Mitgliedern der Bürgerinitiative auf Auszahlung des auf einem Sperrkonto festliegenden Geldes abgewiesen (siehe UID Nr. 18, S. 9 u. 16).

■ STEUERPAKET

Zickzackkurs der Koalition zu Lasten der Steuerzahler

In der namentlichen Abstimmung haben SPD und FDP wieder einmal rücksichtslos und um eines billigen taktischen Vorteils willen die Steuerzahler vor den Kopf gestoßen, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Haushalt, Steuern, Geld und Kredit, Hansjörg Häfele, zum Verlauf der Steuerdebatte im Bundestag. Die Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages auf 400 DM und die Abschreibungserleichterungen zum 1. September 1977 hätten mit den Stimmen der Opposition einstimmig verabschiedet werden können.

Der Vorschlag der CDU/CSU, die unstrittigen Teile des Steuerpakets von dem strittigen Grundfreibetrag abzutrennen und darüber getrennt abzustimmen, wurde jedoch von SPD und FDP niedergestimmt. Da die Erhöhung des Grundfreibetrages auch von der Mehrheit der Länder abgelehnt wird, ist nunmehr das Vermittlungsverfahren unausweichlich. Der Leidtragende ist der Steuerzahler, der nach dem Willen von SPD und FDP nunmehr weiter im ungewissen bleibt.

Nicht einmal der ständig mündlich vortragene Kompromißvorschlag der FDP wurde als Antrag eingebracht und damit zur Abstimmung gestellt. Dies beweist zusätzlich, wie wenig ernsthaft es die Regierungskoalition in dieser Frage meint.

Zum Zickzackkurs der Regierung zu Lasten des Steuerzahlers erklärte MdB Reinhold Kreile: Der Marsch in den Abgaben-, Steuerstaat wird einem deutlich vor Augen geführt, wenn man in das Bundessteuerblatt blickt. Eine wahre Flut von Steuergesetzen ergießt sich über den Bürger: Im Jahre 1974 waren es 21 Gesetze, im Jahre 1975 waren es 13 Gesetze, im Jahre 1976 waren es 19 Gesetze.

Allein das Einkommensteuergesetz 1974, das als großes Reformwerk angepriesen wurde, ist seither vierzehnmal geändert worden. Jetzt beraten wir die 15. Änderung.

Dazu kommt, daß der Marsch in den Lohnsteuerstaat von den Lohnsteuerrichtlinien begleitet wird wie die Schafe vom Hund des Schäfers. Ich möchte dem Bundesfinanzminister, der diesen Marsch in den Lohnsteuerstaat beklagt, nur einige kleine Beispiele für die administrativen Verschärfungen im Lohnsteuerbereich nennen:

Mangelnde Anpassung der Pauschsätze für Verpflegungsmehraufwand. Dadurch verstärkt Einzelnachweis nötig: Mehr Arbeit.

Umfassende Besteuerung der Sachzuwendungen an Arbeitnehmer bei der Umsatzsteuer, soweit auch Lohnsteuerpflicht gegeben ist.

Verschärfte Anwendung des Abschnitts 50 Abs. 2 Nr. 3 Lohnsteuerrichtlinien (verbilligte Wohnungsüberlas-

sung bis zu 40,— DM ist kein Arbeitslohn). Die „ortsübliche“ Miete wird mit immer spitzerem Bleistift herausgerechnet, um die Differenz zwischen ortsüblicher Miete und tatsächlicher Miete über 40,— DM zu bringen und dann Lohnsteuer zu erheben. Der Arbeitgeber wird faktisch gezwungen, die Miete für Werkwohnungen anzuheben. Bei Krupp in Essen z. B. ganze Stadtteile. Die höhere Miete schlägt auf das Mietniveau der ganzen Stadt durch und hat Mieterhöhungen auch bei anderen Wohnungen zur Folge.

Bei Ledigen-Wohnheimen rechnen die Lohnsteuerprüfer die Kostenmiete aus und kommen auf Mietpreise bis zu 200,— DM monatlich pro Bett. Von der Differenz zur tatsächlichen Miete wird dann Lohnsteuer erhoben.

Vor diesem Hintergrund heimlicher Steuererhöhungen mutet die isolierte Erhöhung des Grundfreibetrages um 510,— DM jährlich unzureichend und geradezu grotesk an.

Die Grundfreibetragserhöhung verkürzt lediglich die untere Proportionalzone, sie mindert aber nicht den Progressionseffekt des Steuertarifs. Die nivellierenden und leistungshemmenden Wirkungen des Einkommensteuertarifs werden nicht abgebaut, sondern unverändert fortgeschrieben. Die Selbständigen, die von der Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages ohnehin nicht profitieren, werden benachteiligt.

Der von der CDU/CSU verlangte Konjunkturfreibetrag würde dazu beitragen, daß der überproportionale Zugriff auf jede zusätzlich verdiente Mark etwas gemildert würde. Es steht doch nicht der Proportionalsteuersatz von 22 % im Kreuzfeuer der Kritik, sondern der Tarifsprung von 22 % auf 30,8 % mit der sich anschließenden steilen Progression. Dieser groteske Sprung des

Grenzsteuersatzes ist schlechthin unerträglich — und er bleibt es auch bei der Erhöhung des Grundfreibetrages, denn er beginnt dann lediglich 510,— DM später seine schädliche Wirkung zu entfalten.

Die isolierte Erhöhung des Grundfreibetrages erschwert zudem die notwendige Tarumstellung. Denn ein Teil der Finanzmasse, die für die Tarifreform notwendig ist, wird hier im vornhinein aufgebraucht.

Jeder durchgehend progressive Tarif, der nach dieser isolierten Erhöhung des Grundfreibetrages noch möglich ist, ist nur um den Preis wesentlicher Steuermindereinnahmen zu haben. Dies bestärkt mich in der Befürchtung, daß SPD und FDP eine Tarifreform, einen durchgehend progressiven Tarif, gar nicht wollen.

Die CDU/CSU ist nach wie vor der Auffassung, daß die optimale Lösung in einer Reform des Tarifs schon zum 1. Januar 1978 gesehen werden muß. Eine solche Tarifreform wäre technisch durchaus innerhalb kürzester Frist möglich. Es mangelt nur am politischen Willen.

Weil dies so ist, und weil deshalb eine Tarifreform wohl kaum vor dem 1. Januar 1979 durchgesetzt werden kann, ist von der CDU/CSU als Sofortmaßnahme ein zehnprozentiger Konjunkturabschlag vorgeschlagen worden, wie er im Stabilitätsgesetz bzw. in den Ermächtigungen des Einkommensteuergesetzes vorgesehen ist.

Dieser Konjunkturabschlag könnte, wenn es der Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit in diesem Hause wirklich ernst mit den Konjunkturmaßnahmen und mit dem Abbau der heimlichen Steuererhöhungen wäre, bereits seit Wochen in Kraft sein.

■ KOALITION

Das Zerwürfnis in der SPD-Fraktion

Das Zerwürfnis innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion hatte sich an dem von Herbert Wehner vor dem Bundestag ausgesprochenen Tadel an den Gegnern des Kontaktsperren-Gesetzes in seiner Fraktion entzündet. Ungeachtet der folgenden Erkrankung des Fraktionsvorsitzenden hatten sich 15 der SPD-MdB, die gegen das Gesetz ge-

Zitat zum Tage

„Die Risse in der SPD-Fraktion sind jetzt auch von den geschicktesten Weißmachern nicht mehr zu übertünchen. Schon geht bei den Sozialliberalen die Furcht um, sozialdemokratische Abgeordnete könnten die knappe Zehnstimmenmehrheit der Koalition bedrohen. SPD-MdB Dietrich Sperling: „Wenn das Schulle macht, zerbröckelt von der SPD her das sozial-liberale Bündnis.“

Der Spiegel, 10. Oktober 1977

stimmt oder Stimmenthaltung geübt hatten, in einem geharnischten Schreiben über Wehners Kritik beschwert, woraufhin sich 157 der 214 SPD-Abgeordneten in einem Solidaritätsschreiben an ihren Vorsitzenden zu ihm bekannten. Einige Tage später stellte sich der stellvertretende Juso-Vorsitzende Ottmar Schreiner hinter die 15 Rebellen. Wehner selbst gab zu verstehen, nach seiner Genesung werde der gesamte, bisher einmalige Vorfall, mit aller gebotenen Schärfe und Klarheit behandelt werden. Aber auch Wehner wird sich erinnern. Schon bei der Abstimmung

über das Steuerpaket hatten drei SPD-Abgeordnete Nein-Karten abgegeben. Helmut Schmidt konterte damals den Abweichlern: „Ohne mich als Kanzler würdet ihr schon längst auf den Oppositionsbänken sitzen.“

Koschnick teilt Rüffel aus

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Bremer Bürgermeister, Hans Koschnick, ging auf einer kommunalpolitischen Fachkonferenz der Jungsozialisten in Kassel mit der SPD-Bundestagsfraktion hart ins Gericht. Koschnick warf der Fraktion vor, kein Ohr und kein Gespür für die Wünsche und Nöte der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in den Städten und Gemeinden zu haben. Angesichts der Steuerpolitik des Bundes trockneten die Städte und Gemeinden finanziell zunehmend aus.

Auch Linke verlassen jetzt die SPD

Die Spaltungstendenzen in der SPD zeigen sich nicht nur in den seit längerem zu beobachtenden Austritten und Parteiausschlüssen meist älterer, auf der demokratischen Tradition Kurt Schumachers und Fritz Erlers fußenden Sozialdemokraten, sondern mehr und mehr jetzt auch in Austritten jüngerer SPD-Genossen, denen die Partei nicht links genug ist, und die durch die Realitäten gebotenen Sachzwänge, denen sich die SPD-Regierungsmitglieder anpassen, als politische „Konzession an den Kapitalismus und dessen Gesellschaftsform“ mißverstehen. So ist die Landesvorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Bettina Rohn (Heilbronn), von ihrem Amt zurückgetreten und hat gleichzeitig ihren Austritt aus der SPD erklärt. Ihre Begründung: „Die SPD richtet sich

immer eindeutiger darauf ein, diese kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu stützen.“ Wie die AsF inzwischen mitteilte, sind aus Solidarität zu Bettina Rohn auch deren eine Stellvertreterin, Ingrid Kuhn, sowie eine Beisitzerin im Landesvorstand von ihren Ämtern zurückgetreten.

Sieben Mitglieder des SPD-Ortsvereins Ansbach, unter ihnen der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten, Max Alfred Meyer, haben öffentlich ihren Austritt aus der SPD erklärt. Alle sieben sind Juso-Mitglieder; sie begründeten ihren Austritt mit der „unhaltbaren Situation des Ortsvereins unter dem Vorsitzenden Wolfgang List und den bundespolitischen Entscheidungen der SPD“.

Kühn boykottiert Untersuchungsausschuß

Ministerpräsident Kühn (SPD) ist nicht bereit, ehemalige Mitglieder seiner Regierung und möglicherweise künftig auch amtierende Kabinettskollegen als Zeugen vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Düsseldorf auftreten zu lassen, der das Geschäftsgebaren der vor vielen Jahren gegründeten, inzwischen wieder aufgelösten Hochschulbau- und Finanzierungsgesellschaft des Landes klären soll. Die auf Antrag der CDU eröffnete Untersuchung soll prüfen, ob Milliardenbeträge für den Hochschulbau im Lande sinnvoll bewilligt und wirtschaftlich umgesetzt oder durch politische, administrative und bautechnische Fehlentscheidungen zum Teil vergeudet worden sind.

Eine zentrale Rolle spielt dabei der Bau des Großklinikums in Aachen, der mit 550 Millionen Mark geplant worden war. Nach einer Reihe bautechnischer Skan-

dale zweifelt niemand mehr daran, daß dieses als bislang häßlichste und menschenfeindlichste „Krankenburg“ geltende Bauwerk eine Milliarde Mark verschlingen wird, was zu erheblichen Folgekosten, darunter nahezu unerschwinglichen Krankenhaustagesätzen, führen muß.

Juso-Landeschef zurückgetreten

Mit der Begründung, er sei nicht mehr in der Lage, „eine dermaßen kaputte und fehlgeleitete Organisation nach innen und außen hin zu repräsentieren“, ist der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Jungsozialisten, Wolf Jörg Queisser, auf einer Juso-Landesfachkonferenz in Idar-Oberstein zurückgetreten. Der „Welt“ gegenüber begründete Queisser seinen Schritt u. a. folgendermaßen: „Der ganze Komplex der Organisationsstrukturen unseres Verbandes ist zu sehr verakademisiert worden, darunter muß dann zwangsläufig das Arbeitnehmerproblem leiden, ein Thema, das Priorität haben sollte.“ Auf die Frage: „Von welcher Seite kommen die größten Schwierigkeiten?“ antwortete Queisser: „Vom Stamokap-Flügel. Er macht etwa ein Drittel in Rheinland-Pfalz aus und sucht lieber die Ebene der Zusammenarbeit mit dem kommunistischen Friedenskomitee, das auch von Benneter unterstützt wurde...“

Hoffnungen nicht erfüllt

Der Präsident des Nordelbischen Kirchenamtes, Horst Göldner, ist aus der SPD ausgetreten. Begründung: „Meine Hoffnung, der Landesverband würde die linkssozialistischen Tendenzen Stefenscher Prägung überwinden, haben sich leider nicht erfüllt.“

■ JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Ausbildungsplätze sichern

Die Bildungsprobleme und die Berufsnot unserer Jugend haben sich in den letzten Jahren unter SPD/FDP-Regierungen zunehmend verschlimmert; selten waren Sorge und Resignation der jungen Menschen über ihre berufliche Zukunft so verbreitet wie heute, erklärte Dorothee Wilms im Bundestag zur Begründung des von der CDU/CSU eingebrachten Antrags zum „Programm zur Sicherung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzangebots und zur Verbreiterung der Arbeitsmöglichkeiten für Jugendliche“.

Seit Monaten verzeichnen wir rund 100 000 jugendliche Arbeitslose; die Suche nach Ausbildungsplatzmöglichkeiten in Schule, Betrieb und Hochschule hat zu nie gekannten Streßsituationen und zu Angstgefühlen vor einer ungewissen Zukunft bei den Jugendlichen und ihren Eltern geführt.

Wir richten an alle für eine Ausbildung geeigneten Betriebe der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand die dringende Bitte, jetzt und auch in den nächsten Jahren alle Ausbildungskapazitäten voll auszuschöpfen und selbst dann einen Ausbildungsplatz anzubieten, wenn im Einzelfall eine Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis vorab noch nicht gesichert ist. Wir wissen alle, daß Ausbildung der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und die erste Voraussetzung für berufliches Fortkommen ist. Dies dürfen wir keinem Jugendli-

chen, Jungen wie Mädchen, vorenthalten.

Aus dem gleichen Grunde würden wir es sehr begrüßen, wenn auch die Länder die schulischen Kapazitäten weiter voll ausschöpfen und unter gegebenen Umständen sogar überlasten würden. Es ist Gebot der Solidarität, daß alle in den nächsten Jahren ein wenig enger zusammenrücken.

Die Einführung eines 10. Pflichtschuljahres ausschließlich in allgemeinbildenden Schulen ist für uns allerdings kein geeigneter Weg, die Ausbildungsprobleme in den nächsten Jahren zu lösen. Statt dessen sollte allen Jugendlichen die Chance einer beruflichen Grundbildung, in organisatorisch und didaktisch unterschiedlichen Formen, geboten werden.

Wichtig erscheint uns, daß der weitere Ausbau des beruflichen Bildungswesens so erfolgt, daß die Durchlässigkeit des Bildungswesens und die Aufstiegsmöglichkeiten für die Jugendlichen auf allen Stufen und von allen Stufen und Ausgangspositionen im Bildungswesen wie im Beschäftigungssystem erhalten und verbessert werden. Jeder Geeignete muß auch in den nächsten Jahren trotz aller Schwierigkeiten seine Fortkommenschance realisieren können.

Leistungsstreben und Aufstiegswille, Kreativität und Initiativefähigkeit müssen bei den jungen Menschen erhalten und gefördert werden, auch bei Hauptschulabgängern und jungen Facharbeitern, nicht nur bei Abiturienten und Hochschulabsolventen.

■ WIRTSCHAFTSTAG '77

Mut zur Freiheit — Bekenntnis zur Ordnung

Motto des Wirtschaftstages 1977 des Wirtschaftsrates der CDU e. V. und des Wirtschaftsbeirates der Union e. V. in Frankfurt am Main war: Soziale Marktwirtschaft, Mut zur Freiheit, Bekenntnis zur Ordnung. Es waren ca. 1 700 Unternehmer und Führungskräfte aus der Wirtschaft, Politiker, Wissenschaftler und Publizisten erschienen. Wichtige Referenten waren u. a. Helmut Kohl, Franz Josef Strauß, Alfred Dregger, Kurt H. Biedenkopf und Paul Schnitker, Peter von Siemens sowie die Professoren Willms und Horn und viele CDU/CSU-Landesminister.

Prominentester ausländischer Gastredner war der amerikanische Energieminister Schlesinger. Die Tagung fand in Form von Plenar- und Podiumsveranstaltungen statt. Der Wirtschaftstag 1977 hat für die moderne Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung neue Gestaltungsimpulse gegeben.

Zu den bemerkenswertesten Tatsachen dieser Tagung zählte die erstaunliche Übereinstimmung von Wissenschaft, Politik und Unternehmerschaft in der Beurteilung der Lage. Die Referenten kennzeichneten nahezu einheitlich die fortschreitende Erosion der von Ludwig Erhard realisierten Grundlagen durch Verlust an Realitätssinn, an weltanschaulichen Orientierungswerten und Disziplin, durch Vergessen des libera-

len Ordnungsdenkens und durch Anspruchsinflation.

Die Irrationalität der zentralstaatlichen Finanz-, insbesondere Steuer-, Sozial- und allgemeinen Wirtschafts- und Konjunkturpolitik verbunden mit einer unverantwortlichen Tarifpolitik: Die Folgen sind gigantische Staatsverschuldungen auf Kosten der kommenden Generationen, chronische Anspruchsinflation und Arbeitslosigkeit mit ihren sozial zersetzenden Wirkungen.

Die unzumutbare Belastung der Unternehmen durch fehlende Berechenbarkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, leistungsfeindliche Besteuerung, scheinsoziale Auflagen, unentgeltlichen Verwaltungsaufwand für den Staat sowie durch Verkomplizierung der Betriebsabläufe als Folge staatlicher Gesetzesfluten.

Die Entartung des sozialstaatlichen Systems durch überspannte Umverteilungsmaßnahmen mit oft paradoxen Wirkungen auf die persönlichen Einkommenslagen, die Lähmung der Triebfedern rationalen Verhaltens, die Märkte werden inflexibel, Innovationsbereitschaft und Wagemut werden nicht mehr prämiert, belohnt wird vielmehr sozial-schädliches Anspruchsdenken.

Eine Atmosphäre der Unsicherheit, der Lethargie, der Entmutigung als Folge von alledem, gesteigert durch den Terrorismus.

Ein zunehmender Rückgang der Frei-

heitsmöglichkeiten, an ihrer Stelle: mehr Kollektivismus und Sozialuntertanenschaft.

Die Aussicht auf Verschlimmerung der Lage durch weiteren falschen Dirigismus („vorausschauende Strukturpolitik“, Strukturräte, Investitionslenkung usw.) und gewerkschaftliche Sozialisierungspolitik.

In dieser Lage richtet sich der Appell „Mut zur Freiheit“ vor allem an die in Bonn Machthabenden. Es handelt sich heute darum, eine Sozialreform beinahe in den Dimensionen von 1948 durchzuführen, d. h.:

■ Die Wiederherstellung der Lebensbedingungen einer freien Gesellschaft durch eine entsprechende allgemeine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, das politische Handeln muß wieder stetig, berechenbar, an Grundprinzipien orientiert sein. Die SPD sollte sich konsequent von ihrem geistigen Ahnherrn und dessen modernen Nachzüglern losagen.

■ Das ganze System der Sozialleistungen muß überprüft und nach dem Grundsatz der Subsidiarität und dem Gesichtspunkt tatsächlicher Bedürftigkeit reformiert werden.

■ Bevor nicht der „Rahmen“ der freien Gesellschaft wieder da ist, vor allem auch durch „klimatische“ Verschiebungen, ist die Wiederherstellung produktiven Wirtschaftens mit Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung usw. ausgeschlossen. Die Soziale Marktwirtschaft wird gegenwärtig ebenso überfordert wie unterschätzt.

Unternehmerschaft, Partei und die Öffentlichkeit haben von kompetenter Seite einmal erfahren, welches die wahre Lage unserer Gesellschaft und die gesellschaftspolitischen Alternativen unserer Zeit sind.

■ EIGENTUM

Privatisierung von Grund und Boden

Auch einkommenschwächere Teile der Bevölkerung sollen nach einem Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Eigentum an Grund und Boden erwerben können. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der Fraktion, Friedrich-Adolf Jahn, ersuchte die Bundesregierung darüber hinaus, einen Gesetz-entwurf vorzulegen, in dem auch der Erwerb von Eigentum an Sozialwohnungen erleichtert wird.

Die breitere Streuung privaten Eigentums ist die freiheitliche Alternative zur Einräumung bloßer Nutzungsrechte. Grund und Boden, der zur Verbesserung der eigenen Infrastruktur nicht nötig wird, soll daher veräußert werden. Dabei sollen beim Verkauf von Bauland solche private Bauwillige bevorzugt werden, denen noch kein Baugrundstück gehört. Nicht die Kommunalisierung, sondern die Privatisierung von Grund und Boden entspricht den Wünschen unserer Bürger.

Darüber hinaus sollen möglichst viele Mieter, die dies wollen, in die Lage versetzt werden, Eigentümer ihrer jetzigen Sozialwohnung zu werden. So sieht der Antrag vor, die Vorfinanzierung des fehlenden Eigenkapitals dadurch zu erleichtern, daß für die in der Zwischenzeit aufzunehmenden Eigenkapitaldarlehen seitens der öffentlichen Hand die Bürgschaft übernommen wird. Wohnberechtigte Familien mit mindestens drei Kindern und Schwerbehinderte soll als Eigenkapitalhilfe zinsverbilligte Darlehen bis zu 10 000 DM gewährt werden.

■ INFORMATION

Wegen Verunglimpfung Bubacks verurteilt

Wegen „Verunglimpfung des Andenkens“ an den ermordeten Generalbundesanwalt Buback und der „öffentlichen Billigung“ von Gewalttaten wurde der dreißigjährige Lehrer Hartmut B. von einem Hanauer Schöffengericht zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verurteilt. Der Staatsanwalt hatte acht Monate beantragt. Der Lehrer, der dem Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) angehört, hatte am 16. April dieses Jahres auf dem Hanauer Marktplatz Buback als „höchstbezahlten und größten Verbrecher der Bundesrepublik“ beschimpft, dessen „Hinrichtung in Ordnung“ gehe.

Im Handwerk noch große Arbeitsplatz-Reserven

Im Handwerk gibt es nach wie vor erhebliche Reserven an Arbeitsplätzen, wie aus einer von der Bundesanstalt für Arbeit finanzierten Modelluntersuchung in Bremerhaven hervorgeht. Nachdem in Zeiten der Hochkonjunktur zahlreiche Handwerksbetriebe wegen fehlenden Nachwuchses aufgegeben hätten, stehe jetzt eine zweite Welle von Betriebsaufgaben bevor, da sich eine weitere Gruppe von Meistern der Pensionsgrenze nähere und keine Nachfolger herangewachsen seien.

Dank an die Vertriebenen

In einer Feierstunde in der Paulskirche in Frankfurt am Main aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Bundes der

Vertriebenen betonte Helmut Kohl, daß die Vertriebenen mit die ersten waren, die bereits 1950 in der Charta der Vertriebenen auf die Anwendung und Androhung von Gewalt als Mittel der Politik öffentlich verzichtet haben. Ihr Bekenntnis zum Gewaltverzicht und ihr demokratisches Engagement für ihre neue Heimat seien lebendige Beweise dafür, daß sie nichts mit dem überholten Nationalismus, mit Revanchismus und Militarismus im Sinne hätten. Dieser Vorwurf schlage auf diejenigen zurück, die ihn erhöhen.

Christlich-Demokratische Arbeitnehmer in Europa

In Brüssel fand am Wochenende der 1. Kongreß der „Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer“ (EUCDA) statt. Die Gründung dieser Union, stellt Hans Katzer fest, ist geleitet von der Erkenntnis, daß es ein freies und starkes Europa nicht ohne oder gegen die Arbeitnehmer geben kann. Und die christlich-demokratische Bewegung in Europa, die sich für die Europäische Gemeinschaft in der Europäischen Volkspartei (EVP) und darüber hinaus in der „Europäischen Union Christlicher Demokraten“ (EUCD) vereinigt hat, wird nur mehrheitsfähig sein, wenn in ihnen starke Arbeitnehmerorganisationen vertreten sind.

Für 10 000 Gefangene 500 Mio. DM an die DDR

Die Bundesregierung hat seit 1963 mindestens 500 Millionen Mark in Form von Waren- und Geldleistungen für die Entlassung von rund 10 000 politischen Gefangenen an die DDR gezahlt. Der CDU-MdB Mende erklärte in seiner Eigenschaft als Berichterstatter für einen Ausschuß des Europarates, er rechne

mit einer Verurteilung der DDR-Praxis, Gefangene gegen Geldzahlungen freizulassen, durch den Europarat, der sich zur Zeit mit diesem Problem befaßt. Selbst Frankreichs Kommunisten kritisieren diese Praktiken der SED.

Ludwig-Erhard-Preis für Mühlfenzi

Mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ist der Chefredakteur des bayerischen Fernsehens, Rudolf Mühlfenzi, ausgezeichnet worden. Andere Preisträger sind, wie die Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn mitteilte, der Saarbrücker Wirtschaftswissenschaftler Prof. Wolfgang Stützel und der Bonner Journalist Hans-Henning Zencke. Mit der von dem verstorbenen Altkanzler Ludwig Erhard 1975 gestifteten Auszeichnung, die mit jeweils 10 000 Mark verbunden ist, können jährlich bis zu drei Verfasser von Berichten und Kommentaren zu Themen der Wirtschaft „mit ordnungspolitischer Thematik im weitesten Sinne“ bedacht werden. Die Preisverleihung wird am 3. Februar 1978 in Bonn stattfinden.

Keine Wende am Arbeitsmarkt

Zu den von der Bundesanstalt für Arbeit Ende September 1977 vorgelegten Arbeitsmarktdaten erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises für Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Franke, der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 52 200 auf 911 200 gegenüber dem Vormonat könne nicht über die nach wie vor anhaltende prekäre Arbeitsmarktlage hinwegtäuschen. Die Arbeitslosenquote sei mit 4 % höher als zwölf Monate zuvor (3,9 %). Die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen unter 20

Wandzeitung im Oktober

Die CDU fordert: Eine klare Energiepolitik

In dieser Ausgabe wird die Hilflosigkeit der Bundesregierung in Energiefragen und die Notwendigkeit der Erstellung eines Energieprogramms mit den Punkten der CDU-Energiekonzeption gegenübergestellt.

Preis: 7,— DM pro 25 Exemplare
Mindestabnahme: 25 Exemplare

Bestell-Nr.: 7792

Bestellungen bitte an das
IS-Versandzentrum
Postfach 66 66

4830 Gütersloh 1

Telex 9 33 753 iserv d

Jahren liege mit 4,6 % wesentlich höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres (4,3 %). Die Arbeitslosenquote bei den Frauen liege mit 5,7 % ebenfalls höher als im Vorjahr (5,5 %). Die Zunahme der Zahl der Kurzarbeiter und der Rückgang der Zahl der offenen Stellen seien wichtige Indikatoren dafür, daß beim Arbeitsmarkt eine Wende zu einer positiven Entwicklung nicht erkennbar sei.

Zu Opfern bereit

Ein großer Teil der Bevölkerung ist offensichtlich bereit, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auch Opfer auf sich zu nehmen. Eine Straßenbefragung im Auftrag der Juniorenkreise der deutschen Wirtschaft, bei der über 6 500 Menschen befragt worden waren, hat ergeben, daß mehr als 45 Prozent auf Einkommenssteigerungen verzichten würden, wenn dadurch die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft werden könnte.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

■ TERMINE

- 14./15. 10. LV Berlin, Familienpolitischer Kongreß, Berlin
- 14./15. 10. LV Rheinland-Pfalz, Landespartei-tag, Pirmasens
15. 10. LV Oldenburg, Sonderpartei-tag, Varel
15. 10. LV Westfalen-Lippe, Sozialaus-schüsse, Landestagung, Bochum
- 15./16. 10. Exil-CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Aurich
17. 10. CDU — Bund, Präsidium, Bonn
17. 10. CDU — Bund, BFA „Außenpolitik“, Bonn
18. 10. LV Oldenburg, Rechtspolitischer Kongreß, Bad Zwischenahn
20. 10. JU Westfalen-Lippe, Landesaus-schuß, Dortmund
20. 10. CDU — Bund, BFA „Struktur-politik“, Bonn
21. 10. LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Offenburg
- 21./22. 10. CDU — Bund, Kongreß „Zukunfts-chancen der Jugend“, Hamburg
- 21./22. 10. LV Baden-Württemberg, Landes-partei-tag, Offenburg
22. 10. LV Schleswig-Holstein, Sozialaus-schüsse, Fachtagung zum Thema „Arbeitnehmerkammern“, Kiel-Schilksee
24. 10. LV Berlin, Landesvorstand mit MdB, Berlin
24. 10. LV Rheinland und LV Westfalen-Lippe, Präsidium
24. 10. LV Saar, Landesvorstand, Saar-brücken
28. 10. LV Berlin, Landesausschuß, Berlin
- 28./30. 10. JU — Bund, Deutschlandtag '77, München
- 28./30. 10. Exil-CDU, Deutschlandpolitische Regionaltagung, Simonswald
2. 11. CDU Niedersachsen, Landtags-wahlkonferenz, Braunschweig
3. 11. LV Rheinland, Landesvorstand, Aachen
4. 11. LV Bremen, Landesvorstand, Bremen
4. 11. CDU Niedersachsen, KPV, Landes-vorstand und Hauptausschuß, Bad Nenndorf
- 4./5. 11. LV Hamburg, Landespartei-tag
- 4./5. 11. LV Rheinland, Landespartei-tag, Aachen
5. 11. LV Hessen, 44. Landespartei-tag, Friedberg
5. 11. CDU Niedersachsen, Frauenver-einigung, Delegiertentag, Hannover
7. 11. CDU — Bund, Bundesvorstand, Bonn
7. 11. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
9. 11. CDU — Bund, Landesgeschäfts-führerkonferenz, Bonn
10. 11. LV Bremen, Landesausschuß, Bremen
11. 11. LV Westfalen-Lippe, Landesvor-stand, Dortmund

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demo-katischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Mühlenbach, Gerhard Braun. Bank-verbinding: Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. Abonne-mentspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId